



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Friedenszurüstungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Friedenszurüstungen

Von Georg Eleinow (im Felde)



Es sind sicher recht gemischte Gefühle, mit denen unsere Leser Kenntnis genommen haben von der als „grundsätzlich beschlossen“ bekanntgewordenen Lösung der Polenfrage. Bei manchem wird sie das Gefühl der Erleichterung, bei anderen das um so größerer Sorge hervorrufen; je nachdem wie man zu den Problemen unserer nationalen Entwicklung steht. Mancher wird sich der 90000 deutschen Kämpfer erinnern, die auf polnischer Erde schließlich doch in letzter Linie für die Freiheit Polens gefallen sind und sich wundern, wie scheinbar leichten Herzens dem verbündeten Nachbar ein Machtzuwachs eingeräumt werden soll, der nicht ohne weiteres geeignet ist das Freundschaftsverhältnis zu festigen, das zwischen Sabsburg und Hohenzollern besteht. Freundschaft zwischen zwei Staaten beruht auf der Möglichkeit einander zu ergänzen, nicht auf der Überlegenheit eines Teiles über den anderen. Nach den Mitteilungen der Presse handelt es sich bei den Ergebnissen des letzten Kronrates um die sogenannte „Österreichische Lösung der Polenfrage“. Kaiser Karl von Österreich „sollte den Titel eines Königs von Polen annehmen und somit Polen mit Österreich in Personalunion verbunden werden, wobei Galizien zum zukünftigen Königreich Polen geschlagen werden soll“. Das waren in der Hauptsache die nüchternen Tatsachen, die den Rahmen für alles Weitere bilden sollten. Die Lösung der Polenfrage, als einer jeden künftigen Frieden bedrohenden Angelegenheit, das war und ist die Hauptsache. Daß der König von Preußen gleichzeitig Herzog von Litauen und Kurland werden sollte und somit die genommenen Gebiete dem Deutschen Reich angegliedert werden, sind in unserem Zusammenhange Tatsachen zweiter Ordnung, so bedeutsam sie für die betroffenen Länder sein mögen.

Inzwischen ist die Auffassung zurückgewiesen worden, als handle es sich bei den Mitteilungen aus der Kronratssitzung um eine vollendete Tatsache. Wir werden belehrt, daß die mitgeteilte Form der Lösung lediglich Gegenstand der Erörterung gewesen sei, wie auch verschiedene andere Lösungsmöglichkeiten. Bestimmte Nachrichten privater Herkunft geben uns im Zusammenhange mit der Tatsache, daß

die bekannt gewordene Lösung im gegenwärtigen Augenblick tatsächlich als die zweckmäßigste bezeichnet werden muß, das Recht, die erste Nachricht als einen Versuchsballon anzusprechen, losgelassen, um die öffentliche Meinung zu erkunden. Wäre das Echo ein freundlicheres gewesen, so hätte vielleicht auch das Dementi unterbleiben können. Die ganze Aktion kann man indessen nur verstehen, wenn man die Polenfrage nicht als ein selbständiges Problem ansieht, sondern sie als Glied in der Kette der Friedensfragen nimmt. Um es rund heraus zu sagen, kann es sich weniger darum handeln, eine Lösung des polnischen Problems gefunden zu haben, als darum, die unzuverlässigen polnischen Springer vom weltpolitischen Schachbrett verschwinden zu lassen.

Die Lage war folgende: dank der in diesen Hefen genügend kritisierten Politik, die durch den Akt vom 5. November 1916 gekennzeichnet ist, fühlten die Polen sich berufen, einen selbständigen Staat zu bilden, dessen Regierung befähigt sein würde, von den Mittelmächten durchaus unabhängig auswärtige Politik zu treiben, also auch Bündnisse und Verträge abzuschließen, wobei sie sich mit den Mittelmächten als gleichberechtigte Kontrahenten auseinanderzusetzen wünschten. Um diese Unabhängigkeit gegenüber den Mittelmächten auch wirklich wahren zu können, durften die Polen bis zu einem gewissen Zeitpunkt mit Rußland nicht brechen und nach Zusammenbruch des Zarismus mußten sie auf irgendeinem anderen Wege Fühlung mit den politischen Gegnern Deutschlands gewinnen. Es wird behauptet, ohne daß schon jetzt eine Nachprüfung des Gesagten möglich wäre, daß der frühere österreichisch-ungarische Botschafter in Washington, Graf Tarnowski, der später Gesandter am schwedischen Königshof werden sollte, den Polen in diesen ihren Bestrebungen als Berater zur Seite gestanden hat. Daß man in Warschau und Krakau, aber auch in Petersburg mit seinen Leistungen zufrieden war, geht aus der Tatsache seiner Präsentierung zum polnischen Ministerpräsidenten durch den Regentschaftsrat hervor, gegen die unsere Regierung noch rechtzeitig Einspruch erhoben hat. Wie erinnerlich, hat der polnische Staatsrat von seiner angemachten Selbständigkeit schon Gebrauch gemacht, indem er sich im Frühjahr d. J. direkt mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Verbindung setzte und auf die berüchtigte Note des Präsidenten Wilson selbständig in einem für uns wenig erfreulichen Tone antwortete. Weiterhin glaubten die Polen berechtigt zu sein, den inneren Ausbau ihres Staates nach eigenem Ermessen zu Ende führen zu können, nachdem der Regentschaftsrat eingesetzt war. Als Anfang dieses Monats zuerst die Nachricht durch die Blätter ging, Kaiser Karl werde sich zum König von Polen ausrufen lassen, erfolgte von Warschau sofort eine Richtigstellung in inoffizieller Form. Darin hieß es u. a.: „Die Verfassung Polens ist eine erbliche Monarchie. Den ersten König wählt der Landtag. Zur Ehe des Königs ist die Genehmigung des Landtages notwendig. Der König muß im Lande wohnen und darf ohne Zustimmung des Landtages nicht Oberhaupt eines fremden Staates sein . . .“*) Dies waren wenigstens die Vorschläge einer Kommission zur Ausarbeitung der Verfassung beim polnischen Staatsrat. Aus tatsächlichen Gründen hätte man sich mit einer Sekundogenitur des Hauses Habsburg

*) Prof. Zybirowski, Vorsitzender der Kommission des Staatsrates zur Ausarbeitung der polnischen Verfassung im „Kurier Warszawski“ vom 2. November 1917.

zunächst begnügt, dachte dabei aber an einen Prinzen, dessen Nachfolger der junge Fürst Czartoryski sein sollte. In deutschen amtlichen Kreisen Warschaws war für diese Art der Lösung auch eine gewisse Meinung; alles andere wurde als „Mißverständnis“ abgetan. Die Vertrauensmänner des Herrn von Bethmann Hollweg haben bis zuletzt geglaubt, ein also konstruiertes selbständiges Polen werde bei einer diesen Krieg abschließenden Friedenskonferenz auf der Seite der Mittelmächte stimmen. Daran war natürlich nicht zu denken, wenn es auch tatsächlich im Interesse des polnischen Volkes gelegen hätte. Die Polen standen uns, allem Liebeswerben zum Trotz, mit dem tiefsten Mißtrauen gegenüber.

Es muß zugegeben werden, daß mit dieser Entwicklung eine Gefahr heraufzog, die die Befürchtung nährte, daß sie Herrn von Bethmann verhindern würde, den Frieden herbeizuführen. Somit war es auch unbedingt eine der nächsten Aufgaben des Herrn von Kühlmann diese Gefahrenquelle zu beseitigen und dem Reichsschiff freies Fahrwasser zum Friedensschluß zu schaffen. Eine große Auswahl von Wegen bieten sich nach der einmal geschaffenen Lage dem Leiter der deutschen auswärtigen Politik nicht; er kann eigentlich von allen schlechten Lösungen nur die momentan zweckdienlichste, und das ist durchaus nicht immer die beste, wählen. Der polnische Faktor muß aus der auswärtigen Politik ausgeschaltet und seine Stoßkraft möglichst geteilt und geschwächt auf andere Gebiete abgeleitet werden. Das ist die Aufgabe der großen Politik, und wenn auch vielleicht die Frage im Augenblick zurückgestellt wurde, wird sie sehr bald wieder auftauchen, weil sie eben da ist, und es hieße Vogelstraußpolitik treiben, wollten wir sie einfach übersehen.

In Heft 45 wurde geschrieben: „In Konsequenz der Weltlage gilt es, alle liberalen Träume vorläufig zurückzustellen, alle! Es geht um das Primitive, das wir besitzen: die Daseinsberechtigung. Sie ist noch nicht erkämpft und wenn sie erkämpft sein sollte auf dem Schlachtfelde, dann wird sie gefährdet sein durch die Friedenskonferenz, auf der wir kaum eine günstigere Konstellation der Mächte zu erwarten haben werden, solange die auswärtige Politik die gegenwärtig eingeschlagenen Wege geht“ (S. 164). Diese Sätze waren am 1. November in Berlin geschrieben. Neue Schritte in der Polenfrage kündigten sich damals erst durch die erwähnte Ablehnung des Grafen Tarnowski an. Die Mehrheitsparteien riefen die Regierung unentwegt auf, sich zur Kundgebung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli zu bekennen. Die angestrebte Lösung der Polenfrage bedeutet demgegenüber eine entschlossene Abkehr von der Reichstagsresolution, von der bisher befolgten Politik. Sie ist ein durchaus selbständiger Versuch der verbündeten Regierungen, das Material für die Friedensunterhandlungen nach eigenem Ermessen zu sichten und im Interesse der Mittelmächte neu zu formen. Was erreicht werden kann und muß, ist im Augenblick, daß die Polen nicht als selbständige Stimme bei den Friedensverhandlungen werden mitsprechen können. Alle ihre Wünsche werden durch das Auswärtige Amt der habsburgischen Gesamtmonarchie zu gehen haben, das wieder in engerem Einvernehmen mit dem Berliner Auswärtigen Amt zu prüfen haben würde, ob und in welchem Maße das Gesamtinteresse durch die polnischen Einzelwünsche berührt wird. Die Gefahr, daß durch einen polnischen Delegierten neue internationale Intrigen angezettelt werden könnten, in deren Folge etwa den Vereinigten Staaten die Möglichkeit gegeben

würde, sich in die innereuropäischen Angelegenheiten nach Belieben zu mischen, wäre bei Annahme der vorgeschlagenen Lösung für die Zeit der Friedensverhandlungen so gut wie ausgeschlossen. Damit wäre aber zugleich auch der Möglichkeit einer Verständigung aller europäischen Staaten über Fragen, wo sie wünschenswert erscheinen könnte, z. B. in Abwehr amerikanischer Annäherungen auf wirtschaftlichem Gebiet, der Weg offen gehalten. Mit einem Wort: vom weltpolitischen Schachbrett wäre der gefährliche polnische Springer verschwunden. Was die Polen in der Welt alsdann gegen uns unternehmen sollten, würde den Stempel der Konspiration einzelner Privatpersonen an der Stirn tragen und alle Staaten mit Einschluß des polnischen gleichmäßig treffen, solange sich die habsburgische Gesamtmacht nicht hinter sie stellt.

Ob wir uns als Deutsche und Preußen mit der angestrebten Lösung der Polenfrage aus dem angeführten Gesichtspunkt heraus abfinden müssen, ohne uns nach gewissen Sicherungen umzusehen, ist freilich eine andere Frage. Mit Genugtuung kann sie uns in keinem Belang erfüllen. Sie bedeutet vom nationalen Standpunkt aus ein — Olmütz, einen Rückzug vor übermächtigen Verhältnissen. Welche größere Gesichtspunkte auch die Lösung rechtfertigen mögen, für unsere Ostmark werden Verhältnisse geschaffen, ernster wie jene, die 1908 zur Einbringung des Enteignungsgesetzes geführt haben. Unsere Lage den preußischen Polen gegenüber ist ungleich ungünstiger geworden, als sie vor Ausbruch des Krieges war. Der Nationalitätenkampf, der wieder aufleben muß, wenn wir nicht ohne weiteres verzichten, wird rücksichtsloser mit staatlichen Mitteln geführt werden müssen wie bisher; denn unser Bevölkerungsüberschuß hat sich durch den Krieg erheblich vermindert. Die völkischen Kräfte auf unserer Seite sind durch die ungeheuren Verluste des Krieges zurückgegangen. Daneben wird die Gewinnung des Siedlungslandes in Litauen und Kurland den Ansiedlerstrom, der bisher in die alte Ostmark geflossen ist, auf sich ziehen; dort werden sicher politisch bequemere Verhältnisse für die Ansiedler anzutreffen sein, wie auf dem heiß umstrittenen Boden Posen und Westpreußens. Groß ist die Gefahr der Polonisierung Oberschlesiens. Das dortige Industriegebiet ist einer der wichtigsten Böden der polnischen Mittelstandsbildung, — außerdem ist es die Brücke vom Königreich nach Österreichisch-Schlesien mit seiner polnischen Enklave Teschen.

Welche Lösung auch schließlich zur Annahme gelangen sollte, jede wird diesen Lebensinteressen Preußen-Deutschlands Rechnung tragen müssen, ohne daß deshalb das große Ziel aus dem Auge verloren zu werden braucht. Opfer müssen wir bringen, aber diese Opfer müssen dem erhofften Gewinn entsprechen.

Sind wir aber einmal bereit, Opfer zu bringen, so soll damit nicht gesagt sein, daß nun auch alle Opfer von uns allein getragen werden sollen. Die Opfer dürfen nicht derart sein, daß Löcher in das Fundament des Staates gerissen werden, um die Giebelwand auszubessern. Der preußische Staat aber ist Grundmauer und Eckstein des Deutschen Reiches, darüber sollte kein Zweifel aufkommen. Die Sicherheit des Reiches darf auch auf Kosten der Behaglichkeit nicht angetastet werden. An den Opfern, die gebracht werden müssen, sollten alle drei Beteiligten gleichmäßig tragen und wenn wir auch den Nationalitätenhader tief verabscheuen, dürfen wir den Kampf um unsere Nationalität ebensowenig aufgeben, wie wir den Krieg einstellen dürften, lediglich, weil er uns in tiefster Seele verhaßt ist.

In Herrn von Bethmanns Politik war ein großer Sinn: das Streben, den Nationalitätenkampf zu beschränken auf rein kulturelles Gebiet. Diesem Streben haben sich die Polen ebenso wie die Ententationen widersetzt. Die Polen haben ausdrücklich den Kampf zur politischen Vereinigung aller ehemals polnischen Gebiete ausgerufen. Die Vereinigung Polens mit unserem Bundesgenossen würde den Polen ihren Kampf gegen uns ganz erheblich erleichtern; denn in unserem enger gewordenen Verhältnis zu Österreich-Ungarn sind wir ohnehin gezwungen, einer Milderung des Nationalitätenkampfes Vorschub zu leisten. Dies Streben darf nicht zu nationalem Selbstmord führen! Welchen Wert hätte Litauen und Kurland für das Deutschtum, wenn die Neuordnung der Dinge im Osten einen breiten polonisierten Streifen zwischen der Mark und dem neuen Gebiet schaffen hilft? Darauf aber läuft die Lösung vom nationalen Standpunkt aus betrachtet hinaus: in dreißig, in fünfzig Jahren würde das durch den Krieg kaum in Mitleidenschaft gezogene Polentum fest zwischen Ostsee und Karpathen sitzen und politisch gestützt auf die übrigen Slawen Österreichs und Rußlands zur staatspolitischen Anerkennung der nationalpolitischen Tatsache drängen. Soll Polen mit Österreich verbunden werden, so bedürfen wir einer materiellen Sicherung und es wäre nur gerecht, wenn die Kosten dieser Sicherung im wesentlichen von den Polen aufgebracht würden, die bisher, abgesehen von ihren Leistungen auf diplomatischem Gebiete, die gegen uns gerichtet waren, so gut wie nichts für ihre politische Selbständigkeit und kulturelle Befreiung getan haben. Der politische Augenblick ist gekommen, in dem die Frage der Ausfiedlung aus politischen Gründen zur Erörterung zu stellen ist. Nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre, die alle früheren bösen Erfahrungen mit den Polen nur bestätigen, dürfen wir unsere Ostgrenze nicht dem Schutze der Polen überlassen, auch wenn sie unter Habsburgs Leitung kämen. Selbst müssen wir den schirmenden Wall errichten! Wollen die Polen Selbständigkeit an Österreichs oder auch Rußlands Seite, so mögen sie einen Gebietsstreifen an unserer heutigen Ostmarkgrenze räumen, breit genug, um den Wall tragen zu können. Das Allermindeste, was von unserer Seite zu fordern wäre, ist die Freigabe etwa des meist dünn bevölkerten Gebietes zwischen Schlesien und der Warthe bis zum Wartheknie, von dort hinauf bis zu einem Punkt an der Weichsel westlich von Wlozlawek, und das gesamte Gebiet nördlich der Weichsel bis an die Narewniederung mit Anschluß an den Njemen bei Grodno. Würde das Gebiet, in dem schon gegenwärtig etwa hunderttausend evangelische Deutsche wohnen, mit Deutschen aus Polen, Kleinrußland und sonstigen Freiwilligen aus allen Teilen des Reiches besiedelt, so hätten wir, was wir brauchten. Auf die Ausfiedlung der Städte wäre kein besonderes Gewicht zu legen. Die Juden stören uns nicht. Die Polen wären im Osten so reich wie möglich, nicht aber in Litauen abzufinden. Die preußischen Polen sollen, wenn auch ein Teil ihrer politischen Führer sich uns feindlich gegenüber gestellt hat, in ihrem Besitz unangetastet bleiben; wer von ihnen freiwillig nach Osten wandern will, sollte in seinem Streben gefördert werden.

Mit dieser zuletzt vorgetragenen Ergänzung würde uns die österreichische Lösung der Polenfrage erträglich erscheinen. Meine deutschen und polnischen Freunde wissen, daß ich die Lösung nicht als Ideallösung vertrete; ich hätte gern Polen an Preußens Seite gesehen: Polen und Deutsche kulturell gleichgestellt. Es ist nur teilweise Schuld der deutschen und preußischen Regierungen, wenn

dies Ziel, das die weitesten Ausblicke auf eine liberale Entwicklung eröffnete, nicht erreicht werden sollte. Und die Schuld besteht in dem willigen Nachgeben an die polnischen Forderungen. Dergestalt tragen die Polen die volle Verantwortung; sie haben es verschuldet durch die Maßlosigkeit ihrer Ansprüche, ihren kurzsichtigen Egoismus und ihre nationale Eitelkeit, wenn ihnen heute nicht das große Maß von Freiheit zugebilligt werden darf, das wir ihnen gern eingeräumt hätten. Von Polen geht die Reaktion aus, die das politische Leben der Völker beherrschen wird, wie in allen wichtigen Epochen des vorigen Jahrhunderts. Das sollten die Sentimentalen, die vor dem Schritt der Ausfiedlung zittern, sich immer im Gedächtnis halten: verbreitern wir die nationale Basis des Deutschtums, so erweitern wir die Möglichkeiten des politischen Fortschrittes für die Zukunft.



Die deutsche Arbeiterschaft seit der Reichsgründung

Von Hadubert



us dem wilden Chor von Schmähungen und Verleumdungen, den die bunte Gesellschaft unserer Feinde gegen uns angestimmt hat, tönt recht zaghaft doch hier und da ein Laut des Staunens hervor: was ist das für eine unheimliche neue Gestalt, die dieser moderne Deutsche in sich verkörpert? Ist dieser deutsche Mensch der 42-Zentimeter-Kanon und der U-Boote noch der plumpe schwärmerische Idealist, den wir nie so recht verstanden, immer etwas belächelten und verachteten, aber im Grunde doch leidlich gern hatten? Und vor allem: sind das noch Preußen, Sachsen, Bayern, ist das nicht vielmehr plötzlich und wider alles Erwarten ein einheitliches, in sich geschlossenes Volksganzes, das hinter diesem jungen deutschen Reichsbau steht und Hab und Gut, Leib und Leben für seinen Fortbestand einsetzt? Welche Kräfte mögen es wohl gewesen sein, die aus dem bunten Gemisch von Stämmchen und Miniaturstaaten über Nacht ein modernes Staatsvolk mit stahlhart verschweißtem Machtwillen zusammengeschmiedet haben?

Auch wir haben allen Grund, uns diese Frage vorzulegen. Denn tiefer als es dem Feinde offenkundig wird, fühlen wir uns auch heute noch unserem Sonderstaat und Sonderstamm zugehörig. Und nur wie ein kunstvoller Überbau wölbt sich über unserem einzelstaatlichen Patriotismus das Gefühl unverbrüchlicher Reichszugehörigkeit. Zu seiner Erstarkung wird — so hoffen und vertrauen wir — dieser Krieg sein gutes Teil beitragen. Aber wie wir noch kurz vor seinem Ausbruch ein kräftiges Aufbäumen einzelstaatlicher Sondergefühle erlebten, so haben wir auch in seinem Verlaufe nicht selten eine Belebung dieser partikularistischen